

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter.

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint täglich nach 5 Uhr für den gew. Tag. Verkaufspreis: Bei Abholung in der Geschäftsstelle und den Ausgabestellen 2 Mk., im Abonnement, das halbjährlich durch die Post zu bestellen ist, 10 Mk., vierteljährlich 6 Mk., monatlich 2 Mk. Alle Bestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten. Die Geschäftsstelle befindet sich in der Hauptstraße 10 in Wilsdruff. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Abonnementpreis: Bei regelmäßiger Zahlung 20 Mark jährlich, die 4 quartalsweise in den amtlichen Bekanntmachungen 40 Mark jährlich, die 2 quartalsweise in den amtlichen Bekanntmachungen 50 Mark jährlich. Nachzahlungsgeld 10 Mark jährlich. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6.

Nr. 168. — 85. Jahrgang.

Telegr.-Nr.: „Amtsblatt“

Wilsdruff-Dresden

Postfach: Dresden 2640

Mittwoch, 21. Juli 1926

Der Tanz ums Goldene Kalb.

Wer kennt nicht Klante! Wer kennt nicht diesen „König“ der Wettbureaus, der versprach, die bei ihm hinterlegten Gelder mit Hilfe von vier Pferdebeinen auf dem grünen Rasen verdoppeln zu wollen in vier Wochen! Er ist rasch gestürzt worden, dieser „König“, aber nur mit Mühe konnte die Hamburger Polizei neulich verhindern, daß er seine allerdings nur für ihn selbst so „fruchtbringende“ Tätigkeit wieder aufnahm und dabei — zahlreiche neue Dumme fand. Er und nicht wenige feinesgleichen spekulieren auf den Wunsch so Unzähliger, schnell und mühelos reich zu werden, wobei diese Spekulant dann meist Glück haben, bis — die Polizei zugreift. Jetzt hat sie wieder zugegriffen. Auch er „machte“ in Kennweiten, in „Sparsystemen“ und dergleichen, dieser Herr Arthur Kell, versprach für Einlagen eine Verzinsung von monatlich 1) 65 % und hatte hierfür sein ebenso geheimnisvolles wie einträgliches „System“. Er hatte — natürlich! — sein Hauptbureau und zahlreiche Filialen, denn zahlreich ist die Schar jener, die ihm Glauben schenken, ihr Geld hingaben und jetzt „in den Roub gucken“ können. Was Herr Kell und seinem weiblichen Anhang recht gut bekommen ist.

Also wieder einmal, trotz aller Warnungen der Presse! Aber — am Golde hängt, nach Golde drängt doch alles, ach, wir Armen! — feuert Gretchen, als ihr Faust das Halsgeschmeide heimlich in den Kasten stellen lassen. Herr Kell ist natürlich vorbestraft — woraufhin sich die Frage erhebt, warum die Kriminalpolizei den ganzen Schwindel nicht längst schon verhindert, da es doch Pflicht des Staates ist, auch die Dummen zu schützen.

Freilich, schon der alte römische Schriftsteller Tacitus berichtet, daß die Germanen ganz unverbesserliche „Spielereien“ gewesen seien und sich selbst, Hab und Gut, Frau und Kind „verleuten“. Wir Nachfahren begnügen uns damit, Hab und Gut zu verpielen; zahllos sind Erbschaften dieser Art bei hoch und niedrig. Ein bißchen besser ist es ja geworden seit jenen Tagen der Nachrevolutionen — und Inflationenzeit, als der „Drang nach Gold“ geradezu unerfährlich schien und an allen Straßenecken irgendeine versöhnliche Gestalt den Spielstisch aufstellte und die Vorüberkommenden zu raschem „Gewinn“ anreizte, aber zu noch rascherem Verlust verführte, während in Hunderten von Spielstuben hinter verhängten Fenstern und verschlossenen Türen der Repp im großen vollzogen wurde, wobei die wütendsten, sechsfachsten Spieler die — Frauen waren. Jetzt aber rollt das Geld langsamer, wird viel schwerer verdient als in jenen wilden Tagen, sind wir erwacht aus dem raschen Rauf der Stunden, sind nüchtern geworden. Leider nicht so nüchtern, daß nicht immer noch jene Schaffächer genug der Opfer finden. Gerade die Not der Gegenwart verleitet ja so manchen dazu, mittels der letzten paar Mark auf diese Art das „Glück“ zwingen zu wollen.

Es bleibt ja doch immer vergebens, nur neue Leidtragende gesellen sich zu den bisher schon vorhandenen Tausenden; das Spielbezernat der Kriminalpolizei weiß ein Lied davon zu singen. Zu spät kommt dann immer die Neue und wie oft wird ein Familienleben zerstört durch diesen Tanz ums Goldene Kalb. Wirkliche Gewinner sind nur die anderen, die die Schaffächer, aber nur solange, bis sich die Gefängnistüren hinter ihnen schließen. Da ist es eine Pflicht des Staates, vorbeugend oder schnell zugreifend zu verhindern, daß derartiges vorkommt. Hierbei ist ja gar kein Unterschied mehr zwischen „Spiel“ und Betrug und nicht immer ist es Leidenschaft, die jene dunklen Elemente auszumuntern versuchen, sondern so manches Mal auch Unerfahrenheit. Da kann der Staat viel Unglück und Leid verhindern; das Wichtigste freilich bleibt Selbstbestimmung und Selbstziehung.

Förderung von Notstandsarbeiten.

Eine amtliche Erklärung.

Neben der Erstellung von Aufträgen an die Industrie und der Förderung der Ausführung und des Wohnungsbaues steht die Reichsregierung in ihrem Arbeitsbeschaffungsprogramm vor, auch künftig auf die verstärkte Durchführung von Notstandsarbeiten hinzuwirken, die sich in besonderem Maße für die Beschäftigung von ungelerten Arbeitern eignen. Die Bedeutung dieser Arbeiten ergibt sich daraus, daß allein die Reichsarbeitsverwaltung in den Monaten April, Mai und Juni d. J. der Ausführung oder Fortführung von Unternehmungen mit einem Gesamtaufwand von 28 Millionen Reichsmark, von denen 22 Millionen Reichsmark auf die Mittel der Erwerbslosenfürsorge fallen, zugestimmt hat.

Von diesen Arbeiten verdienen besonderes Interesse: in Preußen umfangreiche Straßenbauten; in Sorgetal-Arbeitslosenunterstützungsbau; in Wange Regulierungen im Niederschlaggebiet der Sesele und die Fortführung des Kanalbaues Kamppe-Dörpen; in Bayern der Bau einer Bahn Vöcklabach-Bialbach; großartige Kräfterschlüßarbeiten in der mittleren Mar und die Regulierung der Hfen zwischen Kappel und Erbaring; in Sachsen Regulierungen der Elster und Bau einer Talstrecke bei Weitzersdorf; in Thürin-

Wichtige Sitzung des Reichskabinetts.

Dr. Gessler über die Entwaffnungsnoten

Noch keine Entscheidung über das Ehrenmal.

Die Reichsregierung nahm in einer Kabinettsitzung den Vortrag des Reichswehrministers Dr. Gessler über die jüngsten Notizen des Generals Walch entgegen. Dr. Gessler hat sich, wie verlautet, auf den Standpunkt gestellt, daß die Frage der Stellung des Generalobersten v. Seeckt grundsätzlich und endgültig im Frühjahr gelöst werden ist. Das Reichskabinet hat sich dieser Auffassung einmütig angeschlossen und ist der Ansicht, daß sie keinen Anlaß habe, die Erörterung über diese erledigte Frage noch einmal aufzunehmen.

Das Kabinet beschäftigte sich dann mit der Frage der künftigen Mitwirkung der Reichsregierung bei wichtigen Entscheidungen des Verwaltungsrates der Reichsbahn-Gesellschaft. Da die Frage, ob und inwieweit das Reichsbahngesetz geändert werden müßte, noch nicht genügend geklärt ist, soll der Reichsfinanzminister mit dem Präsidenten des Verwaltungsrates, v. Siemens, noch weiter verhandeln. Aus diesem Grunde wurde vorläufig der Beschluß über die Befähigung der Wahl des neuen Generaldirektors Dr. Dorpmüller noch ausgesetzt.

Auch in der Frage des Reichsehrenmals, über die der Reichsinnenminister Dr. Kälz berichtet, wurde noch keine Entscheidung getroffen, da von rheinischer Seite gegen die Wahl des Verlaer Forts als Denkmalstätte Einspruch erhoben worden ist und die Rheinprovinz sich mit allen Mitteln für die Errichtung des Gieselerdenkmals am Rhein einsetzt. Die Reichsregierung hat den gemeinsamen Beschluß zwar verlagert, aber zugleich betont, daß Verla schon deshalb der Vorzug zu geben wäre, weil es im Herzen Deutschlands liegt.

Am Schluß der Sitzung befahl sich das Kabinet mit dem Vorschlag des Reichsfinanzministers, einen Wechsel im Staatssekretariat der Reichsfinanzstelle einzutreten zu lassen. Dr. Kempner, der sich auf Urlaub befindet, dürfte durch einen Beamten ersetzt werden; die endgültige Entscheidung liegt beim Reichspräsidenten.

Das wankende Kabinet Herriot.

Der Finanzminister will schon wieder gehen.

Paris, 20. Juli. De Monzie hat Herriot seine Demission angeboten, weil er dessen Bestrebungen, sich auf die Unterstützung

der Sozialisten einzustellen, nicht billige, und weil er sich außerdem heute nachmittag in seinen Unterredungen mit zahlreichen Bankiers davon überzeugen mußte, daß die Pariser Hochfinanz von dem Kabinet Herriot nichts wissen will. Herriot hatte sich um 7 Uhr nach dem Essen begeben, wahrscheinlich, um Dornier von dem Rücktritt de Monzie in Kenntnis zu setzen. Dieser stellte allerdings vor Beginn des Ministerrates auf Befragen der Journalisten die Demission in Abrede, doch ist bekannt geworden, daß der Zweck des Ministerrates gerade darin bestehen wird, de Monzie von seinem Vorhaben abzubringen. Ob dies gelingen wird, ist noch fraglich. Wenn nicht, so muß mit der Möglichkeit einer Demission des Gesamtkabinetts noch heute abend gerechnet werden.

Valutapanik in Paris.

In Pariser und Londoner Finanzkreisen hat die Kabinettsbildung Herriots einen überaus unangenehmen Eindruck gemacht und in der Hauptstadt Frankreichs zu einer Valutapanik geführt. Vielfach weigerte man sich in Pariser Geschäften, noch Papierfrank anzunehmen. Auch im internationalen Devisenverkehr setzt sich die Flucht aus dem Frank fort. Für ein Pfund Sterling wurden am Dienstag nachmittag in London 237,50 Frank notiert.

Auch in der Presse ist die Aufnahme der neuen Regierung, von wenigen Linksblättern abgesehen, die denkbar schlechteste. Die Rechtsblätter, wie das „Echo de Paris“ und der „Gaulois“, nennen die neue Regierung eine Herausforderung an das Land. „Echo de Paris“ bezeichnet die Auflösung der Kammer als dringend notwendig. Der „Gaulois“ weist auf die Schwierigkeiten auf außenpolitischem Gebiet hin. Früher habe Herriot auf die Sympathien seines Genossen Macdonald rechnen können. Aber welche Ausnahme würde ihm der konservative Baldwin bereiten, da er Herriot auf dem besten Fuße mit der Moskauer Regierung wisse? Das Blatt befürchtet, daß Herriot, der auf die Ruhr verzichtet habe, auch die Rheinlandbesetzung aufheben werde. Von den Linksblättern äußern sich das „Devoir“ und die „Volonté“ wenig günstig für die neue Regierung. Der „Quotidien“ ist beinahe das einzige Blatt, das der neuen Regierung in vollem Umfange zustimmt.

gefunden. Auch Engelhardt ist hinterläßt erschossen worden wie Helling, so daß eine gewisse Wahrscheinlichkeit für die Identität des Täters besteht. Man ist der Auffassung, daß im Fall Engelhardt die Magdeburger Polizei verfaßt hat. Engelhardt verschwand bereits im November 1925 spurlos. Trotz aller Vorstellungen der Brüder und des Vaters des Verschwindenden blieb die Kriminalpolizei taub. Als dann die Leiche Engelhardts in der Elbe gefunden wurde, hielt es die Magdeburger Kriminalpolizei nicht einmal für nötig, eine Obduktion vorzunehmen. Sie nahm kurzerhand Selbstmord an und man benachrichtigte auch nicht einmal die Angehörigen. Durch Zufall erst erfuhr Engelhardts Vater vor etwa drei Wochen, daß die im Januar gefundene Leiche die seines Sohnes gewesen ist.

Erst auf nachdrückliches Verlangen der Beamten Busdorfs wird jetzt nachträglich eine Obduktion der Leiche Engelhardts stattfinden, um festzustellen, ob Engelhardt mit Patronen desselben Kalibers getötet worden ist wie Helling.

Eine weitere Meldung besagt: In der Mordaffäre Helling-Schröder scheinen die Behörden, bevor die Untersuchung energisch weitergeführt wird, zunächst einmal den Kompetenzkonflikt in der Behörde selbst klären zu wollen. Wie verlautet, soll dem Kriminalkommissar ten Holt, der in dem bisherigen Verlauf des Verfahrens eine vielumstrittene Rolle gespielt hat, die Weiterführung der Untersuchung unterjagt worden sein.

Eine Erklärung der Magdeburger Kriminalpolizei. Magdeburg. Von der Magdeburger Kriminalpolizei wird in der Mordaffäre Helling ein amtlicher Bericht ausgegeben, in dem es heißt: Die große Erregung über die Mordaffäre liegt in der Sache so, wie sie in Wirklichkeit liegt. Das Verfahren sei im Stadium der gerichtlichen Untersuchung, um das Beweismaterial zu ermitteln, auf Grund dessen gegen eine bestimmte Person Anklage erhoben werden könne. Über die Festnahme von Personen entscheide lediglich das Gericht und nicht die Polizeibehörde. Diese stelle dem Gericht nur Organe zur Durchführung der Ermittlungen zur Seite. Im Interesse der Sache sei es im Augenblick unmöglich, die Öffentlichkeit über die vorliegenden Verdachtsmomente zu unterrichten. Die Bevölkerung solle daher das Ergeben der Unter-

Die Magdeburger Mordaffäre.

Ungeklärte Verdächtigungen.

Der Berliner Kriminalkommissar Busdorf, der bereits Ende voriger Woche an der Untersuchung des Magdeburger Mordes mitgearbeitet hatte, fuhr im besonderen Auftrage des Reichsministeriums des Innern nach Magdeburg zurück und wird entgegen anderslautenden Nachrichten die Recherchen in der mysteriösen Magdeburger Mordaffäre wieder aufnehmen. Gegen die Magdeburger Kriminalpolizei werden verschiedentlich Beschuldigungen erhoben, die noch nachzuprüfen sind. Bisher hat weder der Magdeburger Untersuchungsrichter den des Mordes angeklagten Haas vernommen noch ist der Saal geöffnet worden, den der verhaftete Chauffeur Große seit kurzem bei einer Großbank besitzt. Soweit sich übersehen läßt, scheinen bei der Durchführung der Untersuchung der Mordaffäre Helling verschiedene Differenzen zwischen der Berliner und Magdeburger Kriminalpolizei zutage getreten zu sein.

Der Fall Engelhardt.

Im übrigen beansprucht der Fall Engelhardt dasselbe Interesse wie der Fall Helling. Busdorf und seine Beamten haben jetzt eine Reihe sehr belastenden Materials